

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 2/18

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Sie wissen nicht, was sie tun? Wenn aber doch, umso schlimmer!

Es geht drunter und drüber in der Ruhrstadt: Ein Bauprojekt jagt das nächste, zur Etatkatastrophe oder zum ÖPNV-Desaster usw. werden dieselben fruchtlosen Diskussionen geführt wie seit Jahren. Au weia, nur Groko ist schlimmer

Baupläne in den Ruhrauen: Kirche als Immobilienspekulant tätig?

Die ev. Kirche stellte Ende 2015 ihr Freizeitheim für Jugendgruppen, das "Haus Jugendgroschen" an der Hahnenfähre in Ruhrnähe, für Flüchtlinge zur Verfügung. Weil die Flüchtlingsunterkunft nun nicht mehr gebraucht wird, will die Kirche das Areal versilbern, ganz im Stil der Zeit für hochpreisige Wohnungen in exquisiter Lage im Grünen am Ortsrand. Nach dem zum Glück gescheiterten Versuch der Bebauung der Obstwiese an der Bergerstr. und dem mehr als unrühmlichen Bauprojekt Mendener Str. 62, gegenüber dem Altersheim, geht also der Run auf die Bebauung in der Nähe des Ruhrufers jetzt erst richtig los!? **Städtebaulich kontraproduktiv und ökologisch eine Todsünde!** Auch im noch so überhitzten Immobilienboom (bei weiter Niedrigstzinsen und stetem Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung) müssen endlich Tabuzonen bestimmt werden, denn auch diese Immobilienblase platzt irgendwann und dann sind die Bausünden nicht mehr rückgängig zu machen.



Unter Wahnsinnigen? Kirchtürmelei beim ÖPNV ohne Ende?

Man glaubt es kaum: Trotz klarer Worte des RP über die nicht verhandelbare Rückzahlung von mind. 16 Mio. beratschlagen die Mülheimer Verkehrs"strategen" weiter über die Stilllegung des Kahlenbergasts der Linie 104. Nun wurde auch noch ein weiteres Gutachten beschlossen darüber, wo der verbliebene Stumpf denn enden könne. Wenn Düsseldorf nicht bald eingreift und die Kirchtürme im Ruhrgebiet zu Fusionen im ÖPNV zwingt, wird sich nichts tun, d.h. der Personennahverkehr wird sehr teuer und ineffektiv bleiben, auch ein großer Standortnachteil!

Erblasten der Mülheimer SPD-Ära, Beispiel Rennbahn

Für die Rennbahn Raffelberg mit 440.000 qm erhält die Stadt ca. 5000 € Pacht, also ca. 1 Cent pro Jahr und qm. Der Golfclub zahlt ca. 17.000 € als Unterpächter an den Rennclub, wovon die Stadt nichts bekommt. Der Erbbaupachtvertrag aus 2005 geht bis 2048, stammt also aus der Zeit, als OB Mühlenfeld (SPD) gleichzeitig Rennvereins-Präsidentin war. Aus ihrer Zeit stammt auch der Kredit der Sparkasse von 1,5 Mio. € für den Verein. Als sie als Vorsitzende abgewählt wurde, gab es in der Folge jahrelang Querelen zwischen Stadt und Rennverein. Im Dez. 2017 meldete der Verein Insolvenz an. Ein neuer Verein gründete sich und der Insolvenzverwalter handelte aus, den Vertrag des alten Vereins zu übertragen, wenn sich ein Bürge für den Spk-Kredit fände, was auch geschah. In einer Sondersitzung stimmte der Hauptausschuss dem zu. Unabhängig davon, ob diese Zustimmung wirklich vonnöten war, gab es real keine ernsthafte Alternative. Die Stadt hätte theoretisch den Erbbaupachtvertrag beenden können. Ob das rechtlich wirklich möglich gewesen wäre, ist ungeklärt, aber auch nebensächlich, denn es gibt keinerlei Vorstellung was mit dem Riesengelände inkl. des Golfclubs passieren könnte. Weil Pferderennbahnen ganz allgemein in Deutschland in der Krise stecken, kann man nur beten und hoffen, dass der neue Rennverein nicht über kurz oder lang doch die Segel streichen muss. **Die städtischen Subventionen jedenfalls könnten kaum besser sein.**

Auf den folgenden Seiten:

- Der "alternativlose" Tod des Mammutbaums Heinrichstraße oder: Typisch Mülheim?..... S. 2
- Mülheim und bestimmte Umweltfragen - 2 verschiedene Welten? S.2
- Die VHS-Saga - ein Riesenskandal! Daten zur versuchten VHS-Zerstörung S. 3
- Was soll mit dem ex-Fallwerksgelände Weseler Str. passieren? S.4

Einlegetblatt: Grokolores und eine SPD im Selbstmordmodus trotz großem Mitgliederzulauf?

Der "alternativlose" Tod des Mammutbaums Heinrichstraße oder Mülheim, wie es leibt und lebt!

Am 16. Jan. war Sitzung der BV 1, u.a. zu den Bauplänen an der Grundschule Heinrichstr., wo für 3,3 Millionen Euro der neue Anbau errichtet werden soll. Nach den Sommerferien 2019 sollen drei Klassen und der Offene Ganztagsbetrieb dort einziehen. Eine Zustimmung galt laut WAZ als sicher, weil der Schulneubau vorausschauend auch Erweiterungsmöglichkeiten am Standort beinhalte. Allerdings sollen 22 Bäume für den Neubau weichen, darunter ein Mammutbaum. Die MBI-Vertreter in der BV wollten wissen, ob es keine alternative Planung ohne das Fällen aller Bäume gäbe. Weil die Verwaltung nichts präsentieren konnte, meldeten die MBI-Vertreter Beratungsbedarf an und die Entscheidung musste vertagt werden.



In der WAZ am 23.1. war in dem Artikel "Mammutbaum fällt für Schulerweiterung in Mülheim-Eppinghofen" allerdings zu lesen, die BV 1 hätte mit großer Mehrheit entschieden und nur die Grünen hätten Bedenken gehabt wegen des Mammutbaums. Dieser Artikel beschrieb etwas völlig anderes, als was in der BV 1



wirklich geschah, denn auch die Grünen hatten sich nicht für Bäume stark gemacht. Die MBI beschwerten sich bei der WAZ wegen der nachweislich falschen Berichterstattung. Daraufhin schob sie einen lauen Artikel hinterher, worin zumindest gesagt wurde, dass die Entscheidung wegen Beratungsbedarfs der MBI vertagt worden sei. Direkt im Anschluss behauptete die WAZ, dadurch werde der Bau noch in diesem Schuljahr verunmöglicht. Daraufhin setzte

die Verwaltung am nächsten Tag eine BV-Sondersitzung für den 6.2. an und die Elternvertreter formulierten einen bitterbösen Brief, dass ihre Kinder schließlich wichtiger seien als Bäume. Dann trat die Gruppe Baumwatch in Aktion zur Rettung des Mammutbaums und die Grünen hängten sich PR-trächtig über die WAZ als grüne Hauspostille dran, schließlich hatten sie noch bei der Rettung der Allee Leineweberstr. eine äußerst blamable Figur abgegeben. Die BV beschloss dann das Fällen aller Bäume, nachdem zumindest jetzt der BV endlich genauere Planungen vorgestellt wurden.

Die MBI waren immer für den Anbau an der GS Heinrichstraße. Was gestört hat, waren weniger die Bäume als die Art und Weise, wie die Verwaltung "alternativlose" Pläne von der Politik nur abgenickt haben will.

Mülheim und bestimmte Umweltfragen - 2 Welten?

1.) MBI-Vorschlag für den Ausschuss für Umwelt und Energie am 30.1.2018

Landwirtschaftliche Nutzung in Naturschutz- und Wasserschutzgebieten

Die Verwaltung möge dem Ausschuss berichten zu:

- (1) Welche Auflagen für die Landwirtschaft hinsichtlich Mahd von Grünland und Düngung bestehen in den Mülheimer Naturschutz- und Wasserschutzgebieten, insbesondere in der Ruhraue?
- (2) Wie wird die Einhaltung der Auflagen kontrolliert?
- (3) Wurden Verstöße gegen Auflagen festgestellt und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?

Die Verwaltung sah alles im gesetzlichen Rahmen, kontrolliert von der Landwirtschaftskammer(!).

2.) MBI-Antrag für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie am 30.1.2018 zu beschließen:
Die Verwaltung wird beauftragt, Schadstoffmessungen im Kreuzungsbereich Dickswall/Kaiserstr./Leineweberstr. durchzuführen.

Begründung:: Bekanntlich sind Dickswall, Kaiserstr., Leineweberstr. und Eppinghofer Straße stark befahrene Straßen, teilweise mit dichter Randbebauung. Messungen werden bisher regelmäßig nur an der Aktienstraße und in Selbeck vorgenommen. Es ist aber aufgrund des Verkehrsaufkommens davon auszugehen, dass die Belastung auf den genannten Straßen mindestens ebenso hoch ist. Betroffen sind hier im Innenstadtbereich zahlreiche Passanten und Anwohner..

Nur die LANUV als Landesbehörde dürfe messen und den MBI-Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, das dort zu beantragen, stimmten SPD, CDU und BAMH gnadenlos nieder.

Die VHS-Saga – ein Riesenskandal!

Zur Erinnerung: Die Mülheimer Volkshochschule an der Bergstr. wurde **1979 eröffnet**. 2004 wurde sie bei der 25-Jahr-Feier von hochrangigen Politiker/innen diverser Couleur in allerhöchsten Tönen als besonders vorbildlich gelobt.

Bei den Brandschauen **2007 wurden gravierende Brandschutzmängel aufgelistet**, u.a. die fehlende Schottung in den Durchbrüchen. Deshalb wurde im Haushalt **2008 über 2 Mio. € im Haushalt eingestellt** für VHS-Sanierung, die aber in der Folge Jahr für Jahr zwar im Haushalt standen, aber bis heute nie abgerufen wurden.

Von 2009 bis 2012 wurde die VHS für Gremiensitzungen der Lokalpolitik genutzt, weil das Restrahaus des historischen Teils für ca. 50 Mio. € saniert wurde, während der Rathausneubau kurz vorher für Ruhrbania abgerissen worden war.

2013 wollte die MST-Chefin dann anstelle der VHS ein Hotel am MüGa-Rand für Teilnehmer an Kongressen in der Stadthalle.

2014 erklärte OB Mühlenfeld kurz nach den Kommunalwahlen, dass man sich mit dem VHS-Gelände für die **Sparkassen-Akademie** beworben habe. Die große Ratsmehrheit folgte dem bereitwillig in allen Punkten, ein B-Plan dazu wurde eingeleitet und der Immobilienservice stellte einen Abrissantrag. Die MBI beantragten Prüfung auf Denkmalschutz beim Landeskonservator. Die BI „Erhalt unserer VHS in der MüGa“ wurde gegründet mit dem Ziel, bei Zuschlag für die Spk.-Akademie ein Bürgerbegehren zu starten. Im Dezember erhielt aber Dortmund den Zuschlag für die Spk.-Akademie.

2015 musste der B-Plan wieder eingestampft werden, der Abrissantrag aber wurde bis heute nicht zurückgezogen. Die LVR-Denkmalbehörde bescheinigte die Denkmalswürdigkeit der VHS, allerdings zog sich die Eintragung in die Denkmalliste noch über 1 Jahr hin, weil die Stadt Mülheim blockierte, wo immer möglich.

Im **Dez. 2015** präsentierte OB Scholten eine neue Variante zur VHS-Verlagerung, und zwar in das zukünftige Gebäude auf dem **ex-Kaufhof-Gelände**. Die BI nahm die Arbeit wieder auf und hatte für den Fall des geplanten Beschlusses im Rat Ende Jan. 2016 bereits ein Bürgerbegehren vollständig vorbereitet.

Kurz vor dem Ratsbeschluss blies die Verwaltungsspitze im Jan. 2016 das Vorhaben ab und der Kämmerer präsentierte, dass diese VHS-Alternative die Stadt viel teurer käme als die VHS-Sanierung.



Trotz aller Verzögerungsversuche der Stadt musste die VHS **Ende 2016 in die Denkmalliste eingetragen** werden, das zugehörige Fachgutachten des LVR bescheinigte dem Gebäude und seiner Funktionalität Einzigartigkeit und herausragende Bedeutung.

Im **Feb. 2017** wurde nach 10 Jahren immer währender Verzögerung (trotz im Etat jeweils eingestellter Mittel) endlich die spätestens seit dem Gutachten 2012 feststehende notwendige **Brandschutzsanierung im Sommer beschlossen**. Die Arbeiten begannen aber entgegen des Beschlusses erst gegen Ferienende.

Am **19. September 2017**, in der Woche vor der Bundestagswahl, wurde dann die **VHS überfallartig geschlossen** wegen angeblich gravierender Brandschutzmängel. Welche Mängel neu entdeckt worden seien, die nicht bereits im Brandschutzgutachten 2012 alle aufgelistet waren, konnte bis heute nicht erklärt werden. Das leerstehende Gebäude wurde bis Dezember von einem Wachdienst für 6000 €/Woche gesichert, so dass niemand Zutritt erlangen konnte. Im Dezember nickte die große Ratsmehrheit von SPD, CDU, BAMH, Grünen und FDP die Verwaltungsvorlage ab, mit der per teuren Gutachten, bezahlt über die verbliebenen, zur VHS-Sanierung vorgesehenen 1,8 Mio. €, untersucht werden soll, ob auf Dauer der Neubau einer VHS, auf städtischem oder auf fremdem Grundstück, oder eine Sanierung der bisherigen VHS finanziell günstiger sei. Der Antrag von MBI, Linken und WirAusMülheim, unverzüglich die Brandschutzsanierung wieder durchzuführen und die VHS zum neuen Semester zumindest in den sanierten Teilbereichen wieder stattfinden zu lassen, wurde von der o.g. Mehrheit ohne Diskussion nieder gestimmt.

Im Januar 2018 präsentierte die Verwaltung 2 Gebäude, von denen 1 als Interims-VHS auf 5 oder 10 Jahre angemietet werden soll. Entscheiden soll der Rat am 22. Februar ohne Vorberatung in anderen Gremien.

Ergebnis der Ereignisse seit dem denkwürdigen 19. Sept. 2017 ist folgendes:
Die vorher bestens funktionierende Mülheimer VHS mit über 500 Kursen kann zum neuen Semester nur noch weniger als die Hälfte der Kurse anbieten und auch die Anmeldungen sind selbst für diese Restkurse rückläufig.

Die BI "Erhalt unserer VHS in der MüGa" bereitet ein sog. vorbeugendes Bürgerbegehren vor, womit der Verkauf des VHS-Grundstücks verunmöglicht und die zukünftige Nutzung des VHS-Denkmals als Volkshochschule gesichert werden soll.



Fallwerk Jost ffff.: MBI beantragen ernsthafte Planung!

Anfang 2017 wurde für das Gebiet rund um das ehemalige Fallwerksgelände Weseler Str. ein B-Plan mit Veränderungssperre eingeleitet, auch weil der Betreiber dort unverträglichen Einzelhandel ansiedeln wollte. Nun soll plötzlich die Veränderungssperre aufgehoben werden, ohne dass an dem B-Plan gearbeitet worden wäre. Die BV hat das zum Glück abgelehnt. Die MBI haben beantragt, außer der Ablehnung des Ansinnens anstelle endlich das B-Plan-Verfahren zu beginnen.



MBI-Antrag für die Sitzung des Planungsausschusses am 6.2.2018

Zu Top 7: „Bauleitplanung für den

Bereich ‘‘Hofackerstraße/ Weseler Straße – Z 15, hier: Aufhebung der Veränderungssperre Nr. 41 – Vorlage: V 17/0992-01‘‘ TO öffentlich

Unabhängig von dem Anliegen der Vorlage V 17/0992-01, die der Ausschuss hoffentlich genau wie die BV 3 ablehnen wird, möge der Planungsausschuss zum B-Plan Z 15 beschließen:

Der Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, spätestens nach den Sommerferien die bei Einleitung des Z 15 vor einem Jahr mit beschlossene Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen und dafür folgende Planungselemente intensiv zu bearbeiten und den Bürgern in ihren Varianten und dem jeweiligen Für und Wider zu präsentieren:

- 1.) Eine geänderte verkehrliche Situation durch Anbindung von Heerstr./Stumpf Emmericher Str. über das Fallwerksgelände an die Weseler Straße, möglichst parallel zum heutigen Fußweg entlang des Fallwerkkrands.**
- 2.) Eine mögliche Wohnbebauung im Hinterland der Hofackerstraße.**
- 3.) Eine sinnvollere Nutzung des einst als Lärmschutzwall aufgeschütteten Bereichs an der Heerstr. und den Flächen von dort bis zur Fallwerksgrenze.**

Begründung

Der jahrzehntelang massiv störende schrottverarbeitende Betrieb Jost hat das Gelände an der Weseler Straße verlassen und ist zur Timmerhellstraße gezogen. Falltürme, Betriebs- und Wohngebäude sind abgerissen, Schrottberge und -schere nach und nach umgezogen. Doch die Vermarktung des großen und spannenden Geländes an der Nahtstelle zwischen Industriegebiet Hafen und Broich/Speldorf ist nicht so einfach, auch weil über lange Zeit der unvollständig geschützte Boden im Wasserschutzgebiet mit Schadstoffen belastet wurde. Eine Nachnutzung zusammen mit dem Umfeld kann verträglich für alle Beteiligten nur in einem B-Plan gefunden und gestaltet werden. Das Gelände wäre z.B. bestens geeignet sowohl für eine Erweiterung der nahen Hochschule, als auch zur verkehrlichen Verbesserung durch einen Stich über den Geländeerand von der Weseler zur Heer-/Duisburger Str. hin. Eine gewisse Entlastung der überlasteten Hansastr., auch der Duisburger Str. im Ortskern Speldorf und vom Abkürzungsverkehr durch die Hofackerstr. kann einzig über einen derartigen Stich bewirkt werden.

Ein geordnetes B-Plan-Verfahren sollte nicht nur die Belange der Anrainer in Hofacker- und Eltener Str. berücksichtigen, sondern auch das nicht geringe städtebauliche Potenzial dieser zentralen und spannenden Fläche nutzen. Auch der Fallwerkbetreiber wird als Eigentümer auf Dauer profitieren, wenn er nicht nur kurzfristige Vermarktbarkeit im Visier hat, welche aber schnell immer wieder daran scheitern kann, dass städtebauliche Unvereinbarkeiten entstehen. Wenn auch er sich auf Überlegungen zu nachhaltigen mittelfristigen Gesamtkonzepten einläßt, wird seine Firma einer der Hauptnutznießer sein.

Für die evtl. Bauwilligen von der Hofackerstr. mit ihren sehr tiefen Grundstücken wäre es sicher angebracht, im Verfahren des B-Plans Z 15 möglichst absehbar zu klären, wohin die Reise gehen könnte. Auch in dem Zusammenhang ist es überfällig abzuklären, was auf Dauer auf der heute völlig unregelmäßigen Fläche des einst als Lärmschutzwall angekippten öffentlichen Walls zur Heerstr. hin in Zukunft geschehen soll.

Sowohl der Beschluss zur Veränderungssperre wie der MBI-Antrag wurden auf April verschoben.

Grokolores und eine SPD im Selbstmordmodus trotz großem Mitgliederzulauf?

GroKo ohne Leuchtkraft eher Grokolores von orientierungslosen ex-Volksparteien?

Die GroKo wird höchst wahrscheinlich neu aufgewärmt, zuletzt geht das Gerangel in Wirklichkeit nur um die Spitzenpöstchen. Für das als dumm angesehene Wahlvolk hat man diverse nebulöse Ankündigungen (mehr Polizisten, mehr Altenpfleger, mehr Lehrer, mehr Richter, mehr.....) sowie nachträgliche Wahlgeschenke vereinbart wie Mütterrente (nur für die CSU), einen Rentnerfonds für Ostdeutsche, Milliarden für die Bildung (gemeint ist damit aber hauptsächlich für die Bau- und Immobilienbranche) und nicht zuletzt die Erhöhung des Kindergelds um 25 € uswuf... Wirkt alles wie aus den 90er Jahren.

Und die große Koalition, so sie denn kommt, ist derzeit auf dem besten Weg, einen Teil ihrer wichtigsten Klientel zu verprellen – die so oft beschworene gesellschaftliche Mitte. Dort, das zeigt eine Reihe von Forschungen, rumort es. Ausgerechnet die Leistungsträger der Mitte fühlen sich zunehmend ausgebeutet von einem Sozialstaat, dessen Ausbau sie über Jahrzehnte mittragen. Es sind nicht die Spitzenverdiener, es sind Facharbeiter, Handwerker, auch angestellte Grundschullehrer, die das von Fachkräftemangel geplagte Land so dringend benötigt. All jene also, die pro Kopf ein verfügbares Einkommen zwischen 1400 und 2600 Euro pro Monat haben und bei allem brav mitbezahlen – von Kitagebühren über die Sozialversicherung bis hin zu Krankenkassenbeiträgen. Sie müssen zugleich von jedem Euro Gehaltserhöhung, den sie durch Mehrleistung erbringen, überproportional viel abführen. (Oder hat man bei dem gesamten GroKo-Gerede z.B. ein Wort von Abschaffung der kalten Progression gehört?)



Unabhängig davon ist nicht erkennbar, wie diese ausgezehrte neue Regierung das bedrohliche Auseinanderdriften und die bedenklichen Demokratiedefizite der EU angehen will, was sie gegen die Enteignung der Sparer tun will, vor allem aber nicht, wie sie die weitere Spaltung der deutschen Gesellschaft aufhalten will. Selbst zu anstehenden Problemlagen wie etwa der überfälligen Neuordnung der Grundsteuer schweigt die GroKo genauso wie zum Riesenproblem der Vereinsamung immer größerer Teile der Bevölkerung oder selbst zur Wiederbereitstellung von mehr öffentlich zugänglichen, kostenlosen Toiletten in den Städten oder, und, oder,

und Und richtig heiße Eisen, wie die von der letzten GroKo vorbereitete PKW-Maut für alle oder die vermehrte Förderung von PPP-Modellen in der Daseinsvorsorge, insbesondere bei Autobahnen und im Bildungsbereich, sprechen die GroKo-Unterhändler sicherlich ganz bewusst nicht an.

Haupt-Knackpunkt ist und bleibt die Zuwanderungsproblematik und der Umgang mit den Folgen der Masseneinwanderung der letzten Jahre. Es ist nicht erkennbar, dass Union und SPD bisher willens sind, die Problemlagen auch nur wertfrei erst einmal anzuerkennen, geschweige denn brauchbare Lösungsansätze zu entwickeln. Dass das zusätzliche Kindergeld vor allem den kinderreichen Neubürgern zu Gute kommen wird, denen es nicht sofort über höhere KiGa-Beiträge, steigende Mieten, Mobilitätskosten o.ä. gleich wieder abgenommen werden kann, wird die Risse in der Gesellschaft weiter vertiefen.

Was soll z.B. ein 50jähriger alleinstehender Hartz IV-Empfänger denken, dem zuletzt „großzügig“ 7 € pro Monat mehr zugestanden wurden oder einer der vielen Kleinstrentner, der zwar nun 3% mehr erhält, aber ohne die zusätzliche Grundsicherung vom Sozialamt nicht über die Runden käme. Doch egal.

Union und SPD haben sich z.B. in den Koalitionsverhandlungen im Streit um den Familiennachzug für nur als „subsidiär“ geltende Asylbewerber (was auch immer das im einzelnen sein soll) geeinigt. Unabhängig von dem kindischen Gezänk zwischen CSU und SPD-Linken um den Begriff Obergrenze ist diese „Einigung“ aber nicht viel mehr als heiße Luft, ein irgendwie Weiterwurschteln wie gehabt.

Was Martin Schulz dabei als Erfolg verkaufen will, verschärft in Wahrheit die suizidale Lage seiner Partei. Ihre eigentliche Wählerklientel ignoriert die SPD weiterhin. **Es scheint, als habe sich die einstige Volkspartei in ein kollektives Suizidkommando verwandelt. Kann es sein, dass, gemessen an der derzeit real existierenden SPD, Lemminge an der Klippe wie vernunftbegabte Wesen wirken?**

Und der No-GroKo-Kämpfer und Jusochef Kühnen wird auch noch als rebellierende „Jugend“ hochstilisiert, ohne dass auch nur in Ansätzen erkennbar wäre, was denn diese SPD-Jugend überhaupt fordert, was die alteingessenen SPD-Vorderen ihnen verweigern (außer Pöstchen vielleicht). Wenn diese Jusoriege ähnlich dem neuen britischen Labourchef z.B. die Privatisierung öffentlicher Gebäude und Dienstleistungen stoppen und rückgängig machen wollte (vgl. Spiegel-Artikel unten), was nicht zuletzt die SPD von Schröder, Steinbrück und Gabriel selbst massiv befördert hat, könnte man den „Zwergenaufstand“ in der SPD zumindest noch verstehen. Weil aber auch von der No-GroKo-Abteilung in der SPD nichts auch nur annähernd ähnlich Richtungsweisendes gefordert wird, entfernt sich die gesamte altehrwürdige ex-Volkspartei orientierungslos immer weiter von ihren Wählern.

Auch CDU und CSU sind nicht wirklich viel besser dran in ihren Erosionsprozessen. Nur macht vor allem die CDU nicht den gleichen öffentlich ausgetragenen Wirbel um die eigene Nabelschau. Mit der altbekannten Merkel-Einschläferungsmethode jedenfalls wird sie aber ebenfalls ihre bisherigen Wähler nicht halten können werden, solange wichtige Themen und Probleme weiter ausgeklammert werden.

Was die da in Berlin abkaspern, geht wahrscheinlich vielen langsam ziemlich am A... vorbei. Was einen aber ziemlich ärgert, ist, dass man in Funk, Fernsehen und Printmedien seit Wochen den dauernden Wasserstandsmeldungen und statements von erst- bis fünfrangigen GroKo-Funktionären oder dem genauso wenig aussagekräftigen Geblubber von Grünen oder Linken zum Verlauf der GroKo-Verhandlungen kaum entgehen kann. Noch schlimmer war nur die gänzlich überbordende Berichterstattung zu den Vorstandswahlen der Grünen, bei Phönix sogar 2 Tage jeweils stundenlange Live-Berichterstattung vom Parteitag der Grünen, obwohl es außer der Wahl der neuen Vorsitzenden nichts Nennenswertes zu berichten gab.

Jeremy Corbyn: Labour-Chef verspricht „kommunalen Sozialismus“

Die britische Labour-Partei will die Privatisierung öffentlicher Gebäude und Dienstleistungen stoppen und rückgängig machen. Parteichef Corbyn sieht ein altes Dogma am Ende.

Spiegel online, 03.02.2018,

Der britische Labour-Chef Jeremy Corbyn ruft die Kommunalpolitiker seiner Partei auf, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zurückzudrehen. Das „ganze Gebäude des Dogmas ‚privat ist gut und öffentlich ist schlecht‘ ist zerfallen“, zitiert der „Guardian“ aus dem Text einer Rede, die Corbyn am Samstag vor Labour-Politikern halten soll.

Er beobachte den Beginn einer „Renaissance der lokalen Regierung für die Vielen, nicht für die Wenigen – die Wiedergeburt des kommunalen Sozialismus“, so Corbyn laut Redetext. Es sei wichtig für die Kommunen, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen rückgängig zu machen.

Hintergrund ist ein Streit um öffentlich-private Gemeinschaftsprojekte in Großbritannien. Seit den Neunzigerjahren hat der Staat dort zahlreiche Bauprojekte in Partnerschaften mit privaten Unternehmen gestartet. Die Firmen bauten Schulen, Krankenhäuser und andere Gebäude im öffentlichen Auftrag und vermieteten diese dann an den Staat. Das sparte der öffentlichen Hand hohe Anfangsinvestitionen und verschiebt die Kosten auf später. Besonders unter dem Labour-Premierminister Tony Blair wurden viele solcher Projekte aufgelegt.

Corbyn will das nun zurückdrehen – und verteidigt in seiner Rede laut „Guardian“ auch die Entscheidung der Parteiführung, den Stopp eines geplanten Bauprojekts für 6400 neue Wohnungen im Norden Londons zu verlangen. Das Pikante daran: Es war eine Labour-Kommunalpolitikerin, die das Projekt vorangetrieben hatte, um die Wohnungsknappheit im Stadtteil Haringey zu lindern. Nach der Intervention der Parteispitze war sie zurückgetreten.